

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis:  
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,  
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Wölfe, Haenlein & Vogler, G. L. Daube, Invalidentank Berlin, Bernh. Arnold, Max Verkmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Bock & Co., Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geim. Giesler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

## Das Kaiserpaar im Orient.

Am Sonntag Abend wohnten der Kaiser und die Kaiserin auf dem Delberg bei herrlichem Sonnenuntergang einer kurzen, vom Oberhofprediger D. Dr. Brandt gehaltenen Andacht bei und sahen darauf die Spitzen der dort anwesenden preussischen Behörden und Johanniter-Mitglieder zur Tafel bei sich. Gestern Vormittag fand die feierliche Einweihung der Größerkirche mit allem kirchlichen und weltlichen Pomp statt; es war eine überaus erhebende Feier, an welcher die einheimische Bevölkerung in ganz besonderer Weise theilnahm. Es herrschte große Hitze, aber Alle befanden sich wohl.

Die aus Anlaß der Einweihung der Größerkirche in Jerusalem hinterlegte Urkunde hat folgenden Wortlaut: „Im Namen Gottes des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen! In Jerusalem, der Stadt Gottes, da, wo unser Herr und Heiland, Jesus Christus, durch Sein bitteres Leiden und Sterben und Seine sieghafte Auferstehung das Werk der Erlösung vollbracht hat, auch der Kirche der Reformation eine bleibende Stätte zu bereiten, war schon lange das Streben Meiner in Gott ruhenden Vorfahren, auf daß auch Deutschlands evangelische Kirche da nicht fehle, wo die Christen aller Bekenntnisse für die Gnadenthat der Erlösung dank opfern. Nachdem schon des Königs Friedrich Wilhelm IV. Majestät nach der heiligen Stadt die Augen gerichtet und in ihr dem evangelischen Glauben Raum zu schaffen Sorge getragen hatte, war es Meines in Gott ruhenden Vaters, des Kaisers und Königs Wilhelm des Großen Majestät Verlangen, auf dem durch die Liebesarbeit des Johanniterordens geweihten Plage, welchen Mein in Gott ruhender Herr Vater, des Kaisers und Königs Friedrich III. Majestät auf der Pilgerfahrt zum heiligen Grabe als hochherziges Geschenk des Landesherren einst in Besitz genommen, eine evangelische Kirche zu errichten, damit in ihr das Wort Gottes auf dem Glaubensgrunde der Reformation in deutscher Sprache gepredigt und der Name Jesu Christi in deutscher Zunge gepriesen werde. Gottes Gnade hat es Wille, dem deutschen Kaiser und Könige von Preußen Wilhelm II. verliehen, das von Meinen Vorfahren begonnene Werk zu vollenden und heute, am Gedächtnistage der gegangenen Reformation, im Beisein Meiner theuren Gemahlin, der Allerdurchlauchtigsten Kaiserin und Königin Auguste Viktoria, umgeben von den Vertretern der evangelischen Christenheit und getragen von ihren Gebeten, die Einweihung der Kirche zu vollziehen. Die Kirche soll den Namen „Größerkirche“ führen, damit und werde, daß Ich und Alle, die mit Mir in dem Werke der Reformation ein Gnadentheil Gottes erkennen und dankbar daran festhalten, zu Jesu Christo dem Getreuesten und wahrhaftig Auserwählten, als zu unserem einigen Erlöser aufstehen und allein durch den Glauben an Ihn gerecht und selig zu werden hoffen. Zugleich aber soll diese Kirche, die sich an der Stelle erhebt, wo einst die Johanniter unter dem Streng ihre Liebesarbeit gethan, davon Zeugnis geben, daß Glauben und Liebe unzertrennlich sind und in Christo Jesu nicht gilt als nur der Glaube, der durch die Liebe thätig ist. Dankerfüllten Herzens bitten wir Gott, Er wolle Sein segensreiches Wort allezeit erhalten und verleihen, daß es hier und aller Orten lauter und rein gepredigt werde und viel Frucht der Liebe schaffe, damit Sein Name geheiligt werde, Sein Reich komme, Sein Wille geschehe. Er wolle unsere theure evangelische Kirche bauen und schützen und unser deutsches Vaterland segnen aus der Fülle Seiner Gnade. Von dem Jerusalem hier unten heben wir unsere Augen auf zu dem Jerusalem, das droben ist. Der Herr und Erlöser der Welt verleihe uns Allen, die gläubig zu Ihm beten, ihr Glauben und brünstiger Liebe also zu wandeln, daß wir bereinst eingeht in die obere Stadt, dort Ihn zu danken und Ihn zu preisen in Ewigkeit.“

Nach dem Gottesdienste in der evangelischen Kirche in Bethlehem versammelte der Kaiser die evangelischen Geistlichen um sich, um denselben etwa Folgendes zu sagen: „Nachdem im heiligen Lande empfangenen Einbrüchen hätte der Kaiser die Ueberzeugung gewonnen, daß für die evangelische Kirche sich hier ein reiches Arbeitsfeld darbiete; sie könne dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn ihre einzelnen Glieder einen frommen und rechtschaffenen Lebenswandel führten; es komme vor Allem darauf an, daß dieselben in Schlichtheit, Klarheit und einmüthiger Liebe wirkten. Er wisse, daß die evangelische Arbeit in diesem Sinne geleitet werde, und er hoffe, daß es mit der Zeit gelingen werde, dem Protestantismus im Orient in friedlichem Zusammenhange aller christlichen Konfessionen die seinem inneren Gehalte entsprechende Stellung zu verschaffen.“

Nach dem Hofbericht der „Karl. Ztg.“ fandte der Kaiser aus Jerusalem nach dem Einzuge von dem Festlager aus folgende Drahtung an den Großherzog von Baden: „Ich bin frohen von dem Besuche der Größerkirche heimgekehrt. Der Gedanke, an der Stätte zu weilen, an welcher sich das größte Wunder vollzogen, die Erlösung der Menschheit durch das Sterben unseres Heilands, ist tief bewegend und erhebend. Viele liebe Landsleute sind hier und in gehobener Stimmung. Das Wetter ist prächtig. Der Sultan hat mir die Aufmerksamkeit erwiesen, mich in den Besitz eines Territoriums zu setzen, auf welchem ich unsere deutschen Katholiken erlaubt habe, mit Nießbrauch eine Kirche zu errichten. Meine katholischen Unterthanen mögen daraus ersehen, wie ernst ich mit den Schicksalen ihrer religiösen Interessen angelegen sein lasse. Möge es ihnen allen zur Freude werden und reich Segen für sie darauf ruhen! Wilhelm.“

Zu der Ueberweisung der „Dormition de la Sainte Vierge“ (des den Abendmahlssaal umgebenden größeren Plazes, auf welchem der Legende nach das Haus stand, in dem die Jungfrau Maria nach der Auferstehung Christi lebte und starb), erzählt die „Königliche Volkszeitung“, der Kaiser habe die Ueberweisung dem Vorstände des deutschen Vereins vom Heiligen Lande in einer Depesche aus Jerusalem an den Landrat a. D. Jansen mitgeteilt und hinzugefügt, er freue sich, damit einen dringenden Wunsch seiner katholischen Unterthanen erfüllen zu können; die-möchten darin einen neuen Beweis seiner Fürsorge erblicken. Der Vor-

stand des Vereins sprach dem Kaiser telegraphisch seinen tiefgefühlten Dank aus.

## Die Denkschrift Picquarts.

Geradezu niedermetternd für Gierhazy und den Oberstleutnant Dupaty ist die bereits mehrfach erwähnte Denkschrift, die Oberstleutnant Picquart an den Justizminister im Kabinett Brisson, Garrien, gerichtet hat.

„Als man sah“, heißt es in dieser Denkschrift unter Anderem, „daß gegen Dreyfus keine anderen Schuldbeispiele vorlagen als das Begleit-schreiben, suchte man unter den älteren Beständen des Nachrichtenbüros Papiere, die man auf ihn beziehen konnte, und stellte aus ihnen ein geheimes Schriftstück zusammen, das ich eingehend prüfen ließ. Es bestand aus zwei Theilen. Der erste Theil, der den Richtern im Beratungszimmer mitgeteilt wurde, enthielt vier Papiere, begleitet von einer Erläuterung, die nach der Befundung des Obersten Sandherr von Dupaty fertig war. Die zweite, ziemlich werthlose Hälfte bestand aus sieben oder acht Stücken, die einigen Lichtbildern der Papiere der ersten Hälfte und einigen Papieren ohne Bedeutung. Ich werde diese Schriftstücke aus dem Gedächtnis erläutern. Meine Erinnerungen sind sehr lebendig geblieben, wegen des tiefen Eindrucks, den das Schriftstück auf mich gemacht hat.“

Erstes Papier. In kleine Stücke zerissen und zusammengeklebt. Brief mit einem Bericht, geschrieben von jemand, der mit dem Anfangsbuchstaben A. bezeichnet wird, wahrscheinlich für einen Vorgesetzten. A. hatte die Gewohnheit, zuerst solche Entwürfe aufzuzeigen und sie dann in den Papierkorb zu werfen. Dieser Brief in fremder Sprache ist von Ende 1893 oder 1894. Ich glaube, er ist echt. Er lautet ungefähr: „Zweifel... Was thun?... Er soll mir sein Offizierspatent zeigen. Was ist zu befürchten? Was kann er liefern? Wir haben kein Interesse an Beziehungen zu einem Front-offizier.“ Der gewöhnlichste Menschenverstand erkennt, daß der Verfasser dieses Entwurfs Anträge von jemand erhalten hatte, der sich für einen Offizier ausgab, daß er zweifelte, ob er sich mit ihm einlassen sollte, und daß es sich um jemand handelte, der in der Front diente. Dupaty zieht aus dem Wortlaut unvermutete Folgerungen. A. findet, sagt Dupaty in seiner Erläuterung, daß er kein Interesse an Beziehungen zu einem Front-offizier hat; folglich wählt er einen Generalstabs-offizier im Kriegsministerium. Diese Erläuterung gestattet, sich über die tückische Art, wie Dupaty handelte, ein Urteil zu bilden.

Zweites Papier. Echter Brief einer Person, die wir mit B. bezeichnen wollen, an A., von Anfang 1894. Zerissen und zusammengeklebt. Wortlaut ungefähr: „Ich möchte gern diese und diese Auskunft über eine Frage der Heeres-ergänzung haben.“ (Diese Auskunft war nicht durchaus verlässlicher Natur.) „Ich werde sie von Davignon verlangen“ (der damals zweiter Vorgesetzter der zweiten Generalstabsabteilung war), aber er wird mir nichts sagen. Fragen Sie doch Ihren Freund. Aber Davignon darf es nicht wissen, denn man darf nicht erfahren, daß wir zusammenarbeiten.“ Zum Verständnis sei bemerkt, daß die fremden Militärbevollmächtigten damals ungefähr einmal wöchentlich auf die zweite Abtheilung zu gehen pflegten, wo man sich sehr zuvorkommend über Alles, was nicht vertraulich war, Auskunft gab. Die Offiziere der zweiten Abtheilung beklagten sich sogar, daß sie mehr für die fremden Mittheilungen als für den Generalstab arbeiteten. Der Erläuterer sagt: Als B. dies an A. schrieb, war Dreyfus in der zweiten Abtheilung. Offenbar ist er derjenige, den B. als A.'s Freund bezeichnet. Diese Erläuterung ist unsinnig. Nichts hat jemals anzunehmen gestattet, daß A. Beziehungen zu Dreyfus hatte. Wenn das Begleit-schreiben nicht von diesem ist, so deutet nichts darauf hin, daß der Freund von A. Dreyfus sei, oder daß es überhaupt jemand sei, der A. geheime Nachrichten lieferte. Es konnte der Vorgesetzte der Abtheilung selbst sein oder gar Dupaty, der mit A. befreundet war, oder auch der damalige Vorgesetzte der Auslandsabtheilung. Alle diese Offiziere fanden auf dem besten Fuße mit A. und hätten nicht gezögert, ihm eine so nichtigende Auskunft zu ertheilen wie die, um die es sich handelte.

Das dritte Papier ist ein echter Brief von B. an A., aus 1894. Zerissen und zusammengeklebt. A. sagt ungefähr: „Ich habe diese Karte A. gesehen. Er hat mir für Sie zwölf Ueberseescheine gegeben.“ Der Erläuterer sagt: Man hat nachgesehen, ob die Ueberseescheine an ihrem Plaze liegen. Sie sind da. Man hat nicht nachgesehen, ob auch die der ersten Abtheilung an ihrem Plaze sind. Man darf also glauben, daß Dreyfus sie in der Abtheilung genommen hat. Dreyfus ist nämlich 1893 in der ersten Abtheilung beschäftigt gewesen, wo diese Pläne aufbewahrt sind. Diese Erläuterung ist für jeden, der die Einrichtungen des Generalstabs kennt, ungeheuerlich. Vor Allem sind zwölf Ueberseescheine ein großes Bündel und in der Abtheilung der Festungen hätte man ihr Verschwinden sofort wahrgenommen. Wie kann man glauben, daß Dreyfus, der schon seit einem Jahre nicht mehr dieser Abtheilung angehört, dort hätte eindringen und sich eines solchen Bündels bemächtigen können? Das wäre um so gefährlicher gewesen, als die Festung, um die es sich handelt, eine von jenen ist, mit denen man sich am häufigsten zu beschäftigen hat. Wie hätte er ungelesen ein solches Bündel wegstehlen können? Und er hätte doch damals eine Menge anderer Schriftstücke in der Hand, die für A. um gleich interessanter gewesen wären... Der Anfangsbuchstabe D. bedeutet nichts. Man bezeichnet die Spione nicht mit dem wirklichen Anfangsbuchstaben ihres Namens. Ich habe einen Spion gekannt, der hieß in Wirklichkeit C. Er führte sich bei Ausländern als L. ein und sie bezeichneten ihn mit R.

Viertes Schriftstück. Ein Bericht, der mit der Dreyfus-Sache so gar nichts zu thun hat, daß es nicht einmal lohnt, von ihm zu sprechen. Alle Einwände, die ich hier gegen die vier „geheimen“ Schriftstücke erhebe, habe ich meinen Vorgesetzten und Dreyfus gegenüber geltend gemacht. Sie haben ihre Stärke nicht leugnen können. Ich glaube, sie haben den Hauptanstoß zur Entdeckung der Fälschung Dreyfus gegeben,

wo Dreyfus mit voll ausgelebtem Namen genannt ist. Ich berichte hier nur aus dem Gedächtnis. Sollte Einzelnes hier dunkel geblieben sein, so bitte ich inständigst, daß man mir entgegenhalte, was man einwenden zu können glaubt... Wenn man sich wundert, daß jene Schriftstücke die 1894er Richter bestimmen konnten, so sage man sich, daß sie von den Erläuterungen bestimmt wurden, deren Verfasser ihnen bekannt war und ihr volles Vertrauen besaß...“

An einer anderen Stelle der Denkschrift heißt es:

„Als Dupaty den Kapitän Dreyfus einen Brief schreiben ließ, rief er ihn während des Schreibens plötzlich an. Dieser Aufforderung hatte den Zweck, eine augenscheinliche Verwirrung bei Dreyfus hervorzurufen. Dreyfus wurde indeß nicht verwirrt, und da fragte Dupaty ihn laut: „Was ist Ihnen? Sie zittern ja!“ Diese Anrede war bestimmt, die beiden Zeugen des Auftritts, Cochefort und Gribelin, zu täuschen... Während des Prozesses wurde Alles aufgebracht, um die Richter zu beeinflussen. Oberst Sandherr hat mir versichert, er habe einem der Richter gesagt: „Ich verbürge mich dafür, daß er schuldig ist.“ Ein anderer der Richter, Hauptmann Gallet, war damals mit Henry befreundet, der ihm sagte, was er dachte. Ich sah während der Gerichtsverhandlung hinter den Richtern. Die Sache ging schief. Man mußte einen Hauptplatz führen. Henry sagte mir: „Sie sitzen ja hinter Gallet; sagen Sie ihm doch, er solle mich nochmals anrufen lassen und nähere Mittheilungen von mir verlangen.“ Ich lehnte es ab, diesen Auftrag auszuführen. Henry ärgerte sich und sagte dann in einer Verhandlungspause selbst Gallet, was er von ihm wollte. Gallet that, wie gewünscht, Henry wurde wieder aufgerufen und sagte Folgendes aus: „Er habe es von einer höchst achtbaren Persönlichkeit, daß ein Offizier der zweiten Abtheilung verrotte, und dieser Offizier — hier ist er! Und dabei zeigte er auf Dreyfus...“ Eine andere Fälschung bestand in einem Briefe, der angeblich an Dreyfus gerichtet war, als er schon auf der Teufelsinsel war. Natürlich ging er, wie alle Briefe an überseeische Sträflinge, ans Kolonialministerium, wo man ihn anhielt. Unterzeichnet war er „Beyler“.

Er erzählte Dreyfus, daß der Schreiber seine Tochter verheirathe. Er war mit seltsamer Schrift geschrieben, richtig gemacht, so daß er unbedingt auffallen mußte. Ich, der seit mehr als einem Jahre Dreyfus' ganzen Briefwechsel sah, hatte niemals diese Schrift und diesen Namen gesehen. Aber die Hauptsache kommt noch. Zwischen den Zeilen waren mit vorübergehender Sympathie, jedoch recht deutlich sichtbarer Tinte diese Worte geschrieben: „Wir verstehen Ihre Mittheilungen nicht. Sagen Sie uns, wo die Schränke sind, in denen die Lichtbilder der... liegen.“ Diese grobe Fälschung sollte an einen Anschlag der Freunde Dreyfus' glauben machen, die ihm einen Strohmann würden untergeben wollen... Der Urheber dieser Fälschung dürfte Dupaty sein, denn der Gedanke der Unterbringung eines Strohmannes ist von ihm und ich habe ihn diesen Gedanken oft aussprechen hören...“

## Lie Vorgänge in Frankreich.

Dupuy hat (wie schon gemeldet wurde) sein Kabinett gebildet, wird die Ernennungen jedoch erst morgen im Amtsblatt veröffentlicht; Änderungen sind also noch möglich, doch unwahrscheinlich. Dupuy selbst nimmt den Vortritt und das Innere, Freycinet den Krieg, Lockroy behält die Marine, Peytral die Finanzen, Delcassé das Auswärtige, Viger den Ackerbau, Lebret wird Justiz, Delombre Handels, Vergues Unterrichts, Strass Arbeit, Guillaum Kolonialminister. Neun Minister sind Abgeordnete, zwei Freycinet und Peytral, Senatoren; vier Minister: Delcassé, Peytral, Lockroy und Viger, sind aus dem Kabinett Brisson übernommen, vier sind zum ersten Mal Minister. Lebret, 1853 geboren, ist Professor des Strafrechts an der Hochschule in Gen; er ist seit 1893 Abgeordneter, Guillaum, ein Sechziger, ist Generalinspektor der Brücken und Straßen und war bisher Vorgesetzter der Straßens, Schiffahrts- und Bergwerksabtheilung des Arbeitsministeriums. Der Kammer gehörte er seit 1896 an. Strass, 50 Jahre alt, Sohn des bekannten Leiters der 1878er Weltausstellung, zweiter Vorgesetzter der Kammer, ist Staatsingenieur, seit 1891 Abgeordneter und war Hauptberichter für das diesjährige Haus-haltsbudget. Delombre endlich, gleichfalls 50 Jahre alt, ist Rechtsanwalt, war Tageschriftsteller, sitzt seit 1893 in der Kammer. Alle vier neuen Minister gehören der gemäßigten Mitte an und stehen Meyne nahe.

Freycinet stellte als Bedingung seines Eintritts ins Kabinett, daß ihm freie Hand in der Wabregelung der Generale gelassen werde, welche in der Dreyfus-Sache kompromittirt sind. Weiter forderte Freycinet, daß die Regierung die Kassationsinstanz nicht behindere.

General Chanoin hat sich Nachmittags ins Ghetto begeben und eine Stunde bei Felix Faure verweilt. Man glaubt, daß die Weigerung des interimistischen Kriegsministers Lockroy, Chanoin zum Mitgliede des Obersten Kriegsrathes zu ernennen, den Gegenstand des Gesprächs gebildet hat. Pary du Clam ist wieder in Paris eingetroffen. Dem „Courrier du Soir“ zufolge wird der Kassationshof zunächst die fünf letzten Kriegsminister, Mercier, Villot, Cavaignac, Zurlinden und Chanoin, vorladen.

Mithin ist mit der Enquete des Kassationshofes betraut worden. Gestern Nachmittag verlangten zwei Kassationsräthe im Kriegsministerium die Auslieferung der Geheimakten.

Cavaignac richtete an den Präsidenten der Zivilkammer des Kassationshofes, Loew, ein Schreiben, in welchem er verlangt, im Laufe der ergänzenden Untersuchung vernommen zu werden, da er unter den wenigen Personen, welche die vor dem Kassationshof vorgebrachten unrichtigen Behauptungen richtig stellen können, allein vollständige Aktionsfreiheit besitze. Vorläufig wolle er berichten, daß er keineswegs, wie Vard behauptete, bei Verlesung des Rapports Lebrun-Reaulais von dem Wortlaut abgewichen sei, ferner stelle er fest, daß der Name des Agenten, welcher das Bordereau überbrachte, ihm und einigen Anderen bekannt sei.

Die Mitglieder der Strafkammer des Kassationshofes traten gestern Nachmittag bei ver-

schlossenen Thüren im Beratungszimmer zusammen, um sich über die Art und Weise schlicht zu machen, in welcher die durch den Gerichtsbeschluß vom Sonnabend angeordnete ergänzende Untersuchung in dem Dreyfus-Prozesse erfolgen soll. Es ist wahrscheinlich, daß im Laufe dieser Beratung der Rath oder die Räthe werden bestimmt werden, die mit der Untersuchung der Angelegenheit betraut werden sollen. Andererseits wird berichtet, der Advokat Tezenas habe eine Beschwerde eingereicht wegen Veröffentlichung der Depesche, welche Gierhazy an ihn gerichtet hatte und welche von dem Advokaten Normard in dem Kassationshofe verlesen worden ist.

Die Freilassung Picquarts steht unmittelbar bevor.

Der Untersuchungsrichter hat die Klage Solas gegen das „Paris Journal“ wegen Fälschung abgewiesen.

## Aus dem Reiche.

Ein Geschenk des Kaisers hat vor einiger Zeit die Großherzogin von Baden empfangen. Es ist ein von geschliffenem Holznahmen umschlossenes Marmorrelief des Berliner Bildhauers Hidding, welches den Heimgang Kaiser Wilhelms I. in poetischer Form darstellt; Engelsgehaltn tragen den Entschlafenen schwebend hoch über Wolken. — In sämtlichen Kirchen der Monarchie, bei allen Jahresfesten und Zusammenkünften ist am Sonntag der Kaiserfeier nach Palästina gebacht worden. Vielfach wurde der Predigttext mit Jerusalem verknüpft und färbtend des Hohenzollern gedacht, der gestern an der Seite seiner Gemahlin seinen Einzug in die heilige Stadt gehalten hat. Es wurde auch von den Klängen der Kundgebung des Vorstehenden der Jerusalemstiftung, des Präsidenten D. Dr. Barthhausen, verlesen. — Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe ist gestern Vormittag zu einem kurzen Aufenthalt nach Schillingen gereist. — Der älteste Professor der Berliner Universität D. Franz Ludwig Steinmeyer, der Senior der theologischen Fakultät, blickt heute auf eine 50jährige Zugehörigkeit zu dieser Alma mater zurück. Am 1. November 1848 trat er als Privatdozent in den Lehrkörper ein und ist seit vierzig Jahren Ordinarius. In diesem Monat vollendet er das 87. Lebensjahr. Seit einigen Jahren hat er sich zur wohlverdienten Ruhe zurückgezogen. — Die städtischen Kollegien in Kiel erwählten einstimmig eine Kommission zur schnellen Vorlegung einer Eingabe an den Bundesrath, betr. die Herbeiführung einer erleichterten Vieheinfuhr. Angeregt wurde das Zusammengehen aller deutschen Städte in dieser Frage. — Eine aus Mitgliedern der beiden gemeinsamen Kollegien in Nürnberg niedergesetzte Kommission hatte über die gegenüber der Fleischvertheuerung zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten. Sie schlug vor, die Staatsregierung zu ersuchen: 1. Die Grenzen für Schlachtvieh, das nach Orten bestimmt ist, in denen sich Schlachthäuser befinden, zu öffnen; 2. die Schlachtfür für Vieh aus Oesterreich-Ungarn von drei Tagen auf fünf Tage zu erhöhen; 3. bei Neuverlegung der Zollfrage die Viehölle zu berücksichtigen. Bezüglich des Zwischenhandels wurde erklärt, er sei nicht zu entbehren. Hierbei ist zu erwähnen, daß der Kommission verschiedene Wegmeister angehören. Sie hat auch nachgewiesen, daß die Fleischpreise im Verhältnis zu den Viehpreisen nicht zu hoch seien; aber die deutsche Landwirthschaft sei nicht im Stande, den Viehbedarf zu decken. Der Magistrat hat alle Vor schläge der Kommission einstimmig angenommen. — Die Sozialdemokraten haben im Gemeinderath Stadtverordnetenkollegium die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes beantragt. Dasselbe soll sich mit Erhebungen über Arbeiterverhältnisse, Arbeitsvermittlung zc. befassen und auf städtische Kosten erhalten werden. Zwei Drittel der Mitglieder des Amtes sollen aus Arbeitern bestehen. — Aus Danzig wird geschrieben: Der Regierungsrath, in dem die Lehrer angewiesen werden, strengstens darüber zu wachen, daß bei ihnen zu Hause die Familienangehörigen — Frau und Kinder — sich der deutschen und nicht der polnischen Sprache bedienen, lautet folgendermaßen: „Es kommt nicht selten vor, daß die Familienangehörigen eines Lehrers, namentlich die Frau, sich im Hause und Verkehr der polnischen Sprache bedienen, daß der Lehrer, ohne energische Schritte dagegen zu thun, es gestattet, daß seine Kinder den Konfirmationsunterricht in polnischer Sprache erhalten, endlich, daß er bei den Wahlen, in denen lediglich Polenthum und Deutschthum einander gegenüberstehen, seine Stellung hinreichend gewahrt zu haben glaubt, wenn er nicht den Polen wählt, sondern sich der Wahl entzieht. Bei rechter Würdigung der im Staatsministerialerlaß vom 12. April d. J. aufgeführten erhobenen Pflichten kann es nicht als zulässig bezeichnet werden, wenn die polnische Sprache im Hause des Lehrers eine Pflanzstätte findet; er wird vielmehr energisch dafür Sorge tragen müssen, daß auch bei seinen Familienmitgliedern die deutsche Sprache als Umgangssprache zur vollen Geltung kommt. Ebenso hat er als ein ihm zustehendes Recht zu beanspruchen, daß seine Kinder den Konfirmationsunterricht in deutscher Sprache erhalten und diesem Verlangen gehörend Nachdruck zu verleihen. Bei allen Wahlkämpfen, in denen Polenthum und Deutschthum einander gegenüberstehen, ist es für den Lehrer durchaus nicht genügend, in lauer Objektivität bei Seite zu stehen, sondern er ist verpflichtet, auch bei dieser Gelegenheit seine deutsche Gesinnung freimüthig und unzweideutig zu bekennen.“

der Vorschriften über die Regelung des Lehrplans wefens und anderer Anordnungen der Handwerkskammern sei in dieser Beziehung unbedingt an den Grenzen der Handwerkskammern festzuhalten. Anträge hiergegen verstößenden Inhalts würden ministeriellerseits keinesfalls genehmigt werden und seien daher schon in den Unterinstanzen abzuweisen. Sei bereits bestehenden Innungen in früherer Zeit Genehmigung der Ausdehnung über den eigenen Regierungsbezirk hinaus erteilt worden, so sei auch in diesen Fällen auf Eingrenzung in den Bezirk der eigenen höheren Verwaltungsbehörde zu wirken.

Ueber die Theilnehmung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen schreibt der „Vorwärts“: „Zum ersten Male hat ein Theil der Sozialdemokratie das „elendeste aller Wahlsysteme“ als Waffe in dem Kampf um die Erringung der politischen Macht benutzt, und sie hat diese Waffe zu gebrauchen verstanden. Da, wo von der Aufstellung eigener Wahlmänner abgesehen war, ist es in erster Linie unseren Genossen zuzuschreiben, wenn die Freiwillichen erheblich mehr Wahlmänner durchgebracht haben, als im Jahre 1893, und die neuen Mandate, die dem Freisinn zugefallen sind, verdankt er fast durchweg der Sozialdemokratie. Aussicht, einen eigenen Vertreter in den Landtag zu entsenden, hat unsere Partei nicht, und selbst die begeisterten Anhänger der Wahlbetheiligung hielten ja auch einen solchen Erfolg von vorn herein für ausgeschlossen. Es kam eben nur darauf an, die Reaktion zu schwächen, und dies Ziel ist erreicht. Die Wahlen haben aber auch bewiesen, daß die Befürchtungen, als würden unsere Genossen in Folge der Eigenart des Dreiklassen-Wahlsystems sich von den Wahlen fern halten, eitel sind. Da, wo Wahlbetheiligung beschloffen war, sind die Sozialdemokraten in weit stärkerer Zahl zur Wahl gegangen, als die Anhänger bürgerlicher Parteien, und sie haben sich auch durch die öffentliche Stimmabgabe nicht abhalten lassen, von dem ihnen als Staatsbürger zustehenden Rechte Gebrauch zu machen. Schwierigkeiten seitens der Unternehmer sind ihnen, soweit bisher bekannt geworden, nicht bereitet, und es ist ja auch einleuchtend, daß mit dem Wachssthum der Sozialdemokratie die Versuche von Arbeitgeber, die Arbeiter an der Ausübung des Wahlrechts zu hindern, immer mehr abnehmen müssen. Einzelne Bezirke haben geradezu glänzende Resultate aufzuweisen, so Grabow, wo in der 3. Abtheilung sämtliche von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen Wahlmänner gewählt sind, Bredow, wo wir in allen Bezirken der dritten und in einigen der zweiten Abtheilung mit großer Mehrheit siegen, und Giebichenstein, wo von 20 in der dritten Abtheilung gewählten Wahlmännern 18 der sozialdemokratischen Partei angehören. Die Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner ist vielfach über Erwarten groß. Das ist sicher, und darin stimmen fast alle Parteiblätter überein, daß die Sozialdemokratie mit dem ersten Versuch einer Wahlbetheiligung zufrieden sein kann.“

Die Wahlbetheiligung der Sozialdemokratie hat allerdings in verhältnißmäßig so wenigen Wahlkreisen stattgefunden, daß der diesmalige Versuch kaum ein abschließendes Urteil gestattet; im Allgemeinen ist die Theilnehmung wohl nur in Wahlkreisen beschloffen worden, in denen sie von vornherein nicht auf große Hindernisse stoßen konnte. Immerhin ist das Zugeständnis des „Vorw.“ hervorzuheben, daß seitens der Unternehmer trotz der öffentlichen Stimmabgabe den sozialdemokratischen Arbeitern keine Schwierigkeiten bereitet worden sind. Bei anderen Gelegenheiten kann man nicht genug über angebliche „Wahltyrannie“ der Arbeitgeber klagen.

Der „Staatsanz.“ meldet: Nachdem der Bischofsstuhl von Fulda durch die Vererbung des inzwischen verstorbenen Bischofs Dr. Komp zum Erzbischof von Freiburg und Metropolit der oberheinischen Kirchenprovinz erledigt worden, hat nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften am 22. April d. J. durch das Domkapitel zu Fulda die Wahl eines neuen Bischofs stattgefunden, welche auf den bisherigen Dompropst Adalbert Endert in Fulda gefallen ist. Derselbe hat durch päpstliches Breve vom 31. August d. J. die Befähigung zur Ausübung seines bischöflichen Amtes erhalten. Se. Majestät der Kaiser und Königin haben mittels Allerhöchster Urkunde vom 5. Oktober d. J. dem Bischof Adalbert Endert die nachgesuchte landesherrliche Anerkennung als Bischof von Fulda zu erteilen geruht. Die Urkunde ist dem Bischof am 28. Oktober d. J. durch den Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau ausgehändigt worden, nachdem der Bischof den durch die Verordnung vom 13. Februar 1887 vorgeschriebenen Eid abgelegt hat.“

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 31. Oktober. Aus Kairo wird der „Pol. Kor.“ gemeldet, daß daselbst neuerdings eine Gruppe von Anarchisten eingetroffen ist; eine weitere ist signalirt. Die Gefangennahme der drei aus Alexandria nach Palästina entkommenen Anarchisten ist bisher nicht gelangt.

Auffehen erregt die Verhaftung des Wiener Journalisten Jaroslav Gede, der im Wiener Tagblatt hestige Angriffe gegen den Wiener antiseimischen Gemeinderath und den Abgeordneten Gregor und scandalöse Enthüllungen aus dessen Privatleben veröffentlicht hatte. Gregor verklagte Gede wegen Ehrenbeleidigung und erwirkte seine Verhaftung auf Grund des Strafgesetzbuches zum Schutze gegen Wiederholungen des Deliktes.

## Frankreich.

Paris, 31. Oktober. Die spanisch-amerikanische Friedenskommission hielt heute Nachmittag eine Sitzung ab, in welcher die Verhandlung über eine Klage bezüglich den Fragen fortgesetzt wurde; eine Entscheidung wurde auch heute noch nicht getroffen. Die nächste Sitzung der Kommission findet Freitag statt.

## Italien.

Rom, 31. Oktober. Die Agenzia Stefani meldet aus Massana gegenüber in Italien verbreiteten Gerüchten, die Nachrichten über bedrohliche Zustände in der Kolonie Cythra seien durchaus unbegründet, es herrsche dort vollkommen Ruhe. Vom Doppelplateau jenseits der Grenzen wird gemeldet, daß nach dem Kreuzesfeste Führer und Soldaten in ihre heimathlichen Bezirke zurückkehrten. Es verlautet, Menelik sei in Folge der vermittelnden Thätigkeit des Klerus geneigt,

## Deutschland.

Berlin, 1. November. Der Handelsminister erklärt heute eine Verfügung, die das gegenseitige Verhältniß der Innungen und der Handwerkskammern zu einander betrifft. Es sei sehr oft vorgekommen, daß von Innungen in letzter Zeit Ausdehnung ihres Bezirks über die Regierungsbezirke, ja sogar über die Landesgrenze hinaus beantragt worden sei, ohne daß dabei Berücksichtigung der Abgrenzung der Handwerkskammern obgewaltet habe. Im Interesse der Durchführung



